

Unser Einsatz für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung

IG BCE POSITIONSPAPIER ZUR WSB-KOMMISSION

GEMEINSCHAFT.
MACHT.
ZUKUNFT.

Zukunftsgewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie



IG BCE

UNSER EINSATZ FÜR WACHSTUM, STRUKTURWANDEL UND BESCHÄFTIGUNG

Unser gemeinsames Ziel: Der Erfolg der Energiewende

Die Energiewende kann gelingen und weltweit zu einem großen Vorbild werden. Das erfordert allerdings maximale Vernunft. Das Ziel ist nur zu erreichen, wenn sich der Weg dahin an Fakten orientiert und mit Realismus und Konsequenz verfolgt wird.

Wir wollen in Zukunft den Energiebedarf in Deutschland ohne Kernenergie und ohne den Ausstoß von CO₂ decken. Wir wollen dabei ein wirtschaftlich starkes Land bleiben, mit guten und sicheren Industrie-Arbeitsplätzen gerade auch in den bestehenden Industrie-Regionen. Und wir wollen, dass Strom, Wärme und Mobilität für alle in Deutschland bezahlbar bleiben.

Über dieses Ziel sollte in Deutschland Einigkeit herrschen. Über den richtigen Weg dahin müssen wir uns auseinandersetzen. Darum geht es im Grundsatz in der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“.

Realismus heißt auch, die großen Wachstumsräume der Welt in den Blick nehmen: China und Indien boomen, Energiebedarf und Emissionen werden dort in den kommenden Jahrzehnten steigen. Für den Klimaschutz ist es deshalb nicht entscheidend, ob der sowieso sinkende deutsche Anteil von 2,2 Prozent der CO₂-Emissionen durch einen Parforceritt noch schneller gesenkt werden kann. Entscheidend ist, in Deutschland einen wirtschaftlich nachhaltigen Reduktionspfad zu vereinbaren. Nur das überzeugt auch Staaten, die bisher auf Distanz sind.

IG BCE: Praktiker der Energiewende und starke Interessenvertretung

Die IG BCE und ihre 630.000 Mitglieder gestalten die Energiewende mit. Wir beteiligen uns aktiv an der Arbeit der Kommission. Dabei haben wir zwei Aufgaben:

Wir sind die Praktiker der Energiewende. Unsere Mitglieder arbeiten am Ausstieg aus der Kernenergie und sie arbeiten an der Umstellung auf erneuerbare Energien. Sie produzieren in der Grundstoff-Industrie die Materialien für ressourcenschonende Technik – von der Leichtbau-Karosserie bis zum Windkraft-Rotor. Unsere Mitglieder, Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschaftssekretäre gestalten den Strukturwandel mit, der sich aus dem Ende des Steinkohlebergbaus und anderer Umbrüche ergibt. Wir wissen, wovon wir reden.

Wir sind Interessenvertreter für Beschäftigte, ihre Familien und Regionen. Das sind in erste Linie die Beschäftigten in der Energiewirtschaft und in der energieintensiven Industrie selbst. Das sind aber auch die Beschäftigten in den davon abhängigen Kernbereichen der verarbeitenden Industrie. Und nicht zuletzt die Menschen in den Regionen und Revieren, deren Lebensgrundlage heute direkt oder indirekt an diesen Branchen hängt. Von unseren Mitgliedern hängt viel ab in unserem Land.

Aus dieser Doppelrolle ergibt sich unsere Perspektive für die Arbeit der Kommission. Uns leiten sechs zentrale Aspekte:

- Wir betrachten die Energiewende als Ganzes.
- Wir stehen zu den europäischen und internationalen Vereinbarungen.
- Wir zeigen komplexe Zusammenhänge auf.
- Wir beleuchten konzeptionelle und praktische Schwachstellen.
- Wir bestehen auf Verlässlichkeit.
- Wir behalten die Kosten im Blick.
- Wir stellen die Menschen in den Mittelpunkt.

GEMEINSCHAFT.
MACHT.
ZUKUNFT.



Zukunftsgewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie

IG BCE

Unsere Perspektive für die Arbeit der Kommission

Die Energiewende als Ganzes betrachten

Die Diskussion über die Energie- und Klimapolitik verliert sich schnell in Details. Um zu sachgerechten Entscheidungen zu kommen, müssen aber Zusammenhänge gesehen und als Ganzes betrachtet werden.

Dazu gehört die Feststellung: Deutschland kommt in der Klimapolitik voran. Zwischen 1990 und 2020 werden gut 35 Prozent CO₂-Einsparung realisiert. In der Energiewirtschaft sind es über 38 Prozent – die Branche ist damit weiter als andere.

Mit der Umstellung der Energieerzeugung ist es aber bei weitem nicht getan. Sie ist tatsächlich nur für ein Drittel des CO₂-Ausstosses verantwortlich. Zwei Drittel fallen in anderen Sektoren an. Wärmeerzeugung in Gebäuden, der Verkehr und die Landwirtschaft produzieren den größten Teil der Klima-Schadstoffe und liegen in der Umsetzung der Klimaziele zurück. Die Emissionen im Verkehrsbereich steigen sogar. Diese Defizite kann auch eine beschleunigte Reduzierung der konventionellen Energieerzeugung nicht ausgleichen.

Europäische Vereinbarungen einhalten

Deutschland hat sich in der Europäischen Union verpflichtet, die CO₂-Emissionen in den Sektoren Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft zu verringern. Wenn die vereinbarten Einsparziele nicht erreicht werden, drohen Strafzahlungen in Milliardenhöhe.

Im Gegensatz zu Energiewirtschaft und Industrie fallen diese Sektoren nicht unter den EU-Emissionshandel. Der sorgt in diesen Branchen quasi automatisch dafür, dass die Emissionen sinken.

Europäische Vereinbarungen müssen eingehalten werden. Deshalb hilft es auch nicht, mit schnelleren CO₂-Einsparungen in Energiewirtschaft und Industrie Zielverfehlungen in Verkehr, Gebäuden oder Landwirtschaft ausgleichen zu wollen. Das kostet nur Kraft und Ressourcen, die für Investitionen in diesen Sektoren dringend gebraucht werden. Hinzu kämen die drohenden Strafzahlungen, die sich nach bisherigen Berechnungen auf bis zu 30 Milliarden Euro pro Jahr belaufen könnten.

Komplexe Zusammenhänge aufzeigen

Unser Wirtschaftssystem ist komplex. Wirtschaftsräume und -sektoren sind international verwoben. Das macht es auch schwierig, ehrliche Energiebilanzen aufzustellen.

Erneuerbare Energieerzeugung, ressourcensparende Mobilität und Niedrigenergie-Gebäude sind das Ergebnis von Hochtechnologie. Die Basis dafür sind Grundstoffe mit überlegenen physikalischen Eigenschaften; je nach Einsatzzweck geht es um extreme Haltbarkeit, niedriges Gewicht oder hohe Flexibilität. Es geht um Glasfaser, Silizium oder Karbon und viele andere Stoffe, die eines gemeinsam haben: Sie liegen nicht in der Natur vor, sondern werden mit hohem Energieaufwand produziert.

Die deutsche Grundstoff-Industrie versorgt die verarbeitende Industrie nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. In eine simple Sektoren-Betrachtung fließt nur der überdurchschnittlich hohe Energieverbrauch ein. Sobald man die erzeugte und eingesparte Energie einrechnet, die industrielle Endprodukte wie Windkraftrotoren, Leichtbau-Karosserien und innovative Dämmprodukte weltweit ermöglichen, sieht das Bild ganz anders aus. Ein wirksamer Umbau unseres Energiesystems darf diese komplexen Zusammenhänge nicht außer Acht lassen.

GEMEINSCHAFT.
MACHT.
ZUKUNFT.



Zukunftsgewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie

IG BCE

Die Schwachstellen beleuchten

Nukleare und fossile Energieerzeugung unterscheiden sich in zwei zentralen Punkten von Windkraft und Solarenergie. Sie sind rund um die Uhr konstant verfügbar und sie können relativ nah am Verbraucher produziert werden. Erneuerbare Energien unterliegen Schwankungen und werden dort erzeugt, wo die natürlichen Rahmenbedingungen am günstigsten sind. Das Energiesystem der Zukunft erfordert deshalb zwei Grundlagen: deutlich leistungsfähigere Netze und große Speicherkapazitäten zum Ausgleich der systemimmanenten Schwankungen in der Energieerzeugung. Beides fehlt heute.

Der notwendige Umfang des Netz-Ausbaus für die Energieversorgung der Zukunft ist im Bundesbedarfsplangesetz festgelegt. Von den dort beschriebenen Kapazitäten sind heute weniger als zehn Prozent genehmigt und weniger als drei Prozent realisiert. Auseinandersetzungen über Trassenführungen und zunehmende Erdverkabelung verlangsamen den Ausbau weiter.

Die einzigen heute existierenden Großspeicher für Energie sind weiterhin Pumpspeicherwerke. Ihr Ausbau ist naturgemäß beschränkt. Das Energiesystem der Zukunft braucht daher andere Speicherformen mit extrem hohen Kapazitäten. Die Weiterentwicklung von Speichertechnologien ist deshalb eine zentrale Aufgabe.

Wir behalten diese beiden Schwachstellen der Energiewende im Blick. Politische Energie und finanzielle Ressourcen müssen auf die Behebung dieser Hindernisse fokussiert werden. Sonst werden wir das gemeinsame Ziel nicht erreichen.

Auf Verlässlichkeit bestehen

Solange die Defizite bei Netzen und Speichern nicht behoben sind, kann ein neues Energiesystem nicht funktionieren. Erneuerbare Quellen übernehmen einen immer größeren Teil der Energieversorgung, aber das Rückgrat der Energieversorgung sind bis heute Kernenergie, Kohle und Gas. Sie stellen derzeit sicher, dass auch nachts und bei Windstille nirgends das Licht ausgeht und/oder die Produktion stockt.

Durch den Atomausstieg werden ab 2023 einige Tausend Megawatt schwankungssicherer Leistung fehlen. Wir haben heute – weniger als fünf Jahre vor diesem Zeitpunkt – noch keine Lösung, wie wir diese Leistung ersetzen. Das spricht nicht gegen den Atomausstieg. Aber es spricht dafür, die Anstrengungen jetzt endlich auf die Absicherung der Grundlast zu fokussieren.

Von der schwankungssicheren Stromversorgung hängt fast alles ab, was wir in unserer Gesellschaft aufgebaut haben: Der Wohlstand, den wir erwirtschaften und die Lebensqualität, die wir genießen. Deshalb bestehen wir auf Verlässlichkeit.

Die Kosten im Blick halten

Die Umstellung auf eine CO₂-neutrale Wirtschaft ist teuer. Schätzungen gehen von Gesamtkosten von zwei bis drei Billionen Euro bis 2050 aus. Diese Kosten tragen private und gewerbliche Verbraucher zu großen Teilen über den Strompreis. Und sie sind eine Belastung für gute Industriearbeitsplätze hierzulande. Denn schon heute gehören die Strompreise in Deutschland zu den höchsten der Welt, viele Konkurrenten genießen durch niedrigere Preise einen Wettbewerbsvorteil.

Ein großer Teil dieser Kosten ist unvermeidbar. Es ist jedoch darauf zu achten, dass Kosten vernünftig verteilt werden und niemand überlastet wird. Das gilt vor allem für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Das gilt aber auch für unsere Unternehmen: Wir müssen die Umstellung bewältigen, ohne die energieintensive Industrie in andere Länder zu verdrängen und Arbeitsplätze zu gefährden. Wenn Produktionsanlagen statt in Deutschland im Ausland gebaut werden, hilft das statistisch zwar der deutschen Klimabilanz. Aber tatsächlich schadet es dem Klima, denn in vielen Ländern sind Umweltschutzstandards keineswegs so hoch entwickelt wie in unserem Land.

Ein Weg, die Kosten der Energiewende zu dämpfen, ist das geordnete Auslaufen bestehender Kraftwerkskapazitäten. Wenn Kohlekraftwerke jedoch deutlich vor Ende ihrer Lebensdauer abgeschaltet werden, dann wird eine relativ geringe CO₂-Einsparung zwar kurzfristig erreicht, aber sehr teuer erkauft.

GEMEINSCHAFT.
MACHT.
ZUKUNFT.



Zukunftsgewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie

IG BCE

Menschen in den Mittelpunkt stellen

In der Energieerzeugung und der energieintensiven Industrie arbeiten mehr als 800.000 Beschäftigte. Sie bilden das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Und sie werden weiterhin gebraucht, denn Energiewirtschaft, chemische Industrie und andere energieintensive Branchen sichern auch in Zukunft unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität. Die Beschäftigten wissen, dass unser Energiesystem im Wandel ist und dass sich auch ihre Arbeit wandeln wird. Und sie sind bereit, diesen Weg zu gehen – wenn die Bedingungen fair sind.

Wir stellen diese Menschen in den Mittelpunkt. Die Beschäftigten und ihre Familien und die vielen Menschen in ihren Regionen und Revieren, die direkt und indirekt von Energieerzeugung und energieintensiver Energie abhängen. Wir lassen nicht zu, dass sie in diesem Veränderungsprozess unter die Räder kommen.

Deshalb ist es richtig, dass das Thema Strukturwandel in der Kommission an erster Stelle steht. Ihre Arbeit ist nicht getan, bevor nicht belastbare und nachhaltige Zukunftskonzepte für das Rheinische Revier, die Lausitz, das Mitteldeutsche Revier und die vielen anderen betroffenen Regionen in Deutschland vereinbart sind. Die Menschen in diesen Branchen und Regionen haben viel geleistet. Sie haben einen Anspruch auf verlässliche Rahmenbedingungen für die Zukunft. Diesen Anspruch fordern wir ein.

GEMEINSCHAFT.
MACHT.
ZUKUNFT.



Zukunftsgewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie

IG BCE

Unser Anspruch: Die richtigen Weichenstellungen

Aus dieser Perspektive heraus, als Praktiker und als Interessenvertreter, setzen wir uns für Weichenstellungen ein, die die Energiewende zum Erfolg bringen und dabei ungewollte Auswirkungen auf die Menschen und unsere Wirtschaft minimieren:

1. Eine Brücke ins neue Energiezeitalter bauen

Die Energieerzeugung aus Kohle läuft aus. Es werden keine neuen Kohlekraftwerke mehr gebaut. Bestehende Anlagen kommen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ans Ende ihrer Laufzeit und werden stillgelegt. Das ist ein Prozess, den niemand umkehren will.

Entscheidend ist, dass wegfallende Kapazitäten schwankungssicher ersetzt werden, zum Beispiel durch neue Speicherlösungen. Und entscheidend ist, dass Arbeit und Auskommen für die Menschen gesichert sind, die heute in diesen Branchen und Regionen arbeiten und leben.

Wir wollen eine Brücke ins neue Energiezeitalter bauen. Feste Ausstiegsdaten sind auf diesem Weg nicht Meilensteine, sondern Trophäen für mediale Inszenierungen.

2. Auf Innovationen setzen

Die subventionierte Installation bekannter Technologie reicht nicht aus, um gute Arbeitsplätze in der deutschen Industrie zu sichern und die Energiewende zum Erfolg zu bringen. Produkte und Verfahren, die in der deutschen Industrie entwickelt werden, haben das Potential, die Ziele schneller, effektiver und effizienter zu realisieren. Entscheidend ist deshalb die Erforschung, Weiterentwicklung und Anwendung neuer Technologien bei der Energieerzeugung und -nutzung sowie im Ressourcenschutz.

Die Kommission muss in ihren Entscheidungen berücksichtigen, wie der Strukturwandel in der Industrie intelligent gemanagt werden kann. In der Energie- und Klimapolitik muss künftig Innovation im Mittelpunkt stehen. Etwa mit neuen Förderinstrumenten, um die Innovationsfähigkeit von Schlüsselindustrien zu stärken.

Auch auf diesem Feld sollten wir europäisch denken. Ein Weg dahin wäre zum Beispiel ein Europäischer Zukunftsfonds für Leitindustrien. Ein solcher Fonds könnte Unternehmen mit Investitionshilfen zur Seite stehen, die sich auf neue Geschäftsfelder in ihrer Branche ausrichten. Damit wird der Strukturwandel in zentralen Branchen wie dem Energie- oder dem Mobilitätssektor beschleunigt. Beispiele wie dieser Vorschlag der IG BCE zeigen: Es gibt in der Energie- und Klimapolitik Alternativen zur einfallslosen Ausstiegslogik.

3. Konzepte und Mittel für den Strukturwandel festschreiben

Der Einsetzungsbeschluss für die Kommission setzt die richtige Priorität: Die Empfehlungen zur sozialen und strukturpolitischen Entwicklung der betroffenen Regionen sowie deren finanzielle Absicherung werden als erstes vorgelegt. Darauf bestehen wir.

Das Ergebnis des Strukturwandels darf keine De-Industrialisierung der Regionen sein. Im Gegenteil: Das Rheinische Revier, die Lausitz, das Mitteldeutsche Revier und andere Gebiete sollen Industrie-Regionen bleiben. Die Voraussetzungen dafür sind gut: Hier gibt es gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, moderne industrielle Strukturen, spezielle Kompetenzen in Energiefragen und nicht zuletzt ausreichend Flächen für Neuansiedlungen.

In Berlin und Brüssel können und müssen die Rahmenbedingungen für eine gute Zukunft geschaffen werden. Aber der Strukturwandel selbst kann nicht zentral gesteuert werden. Er kann nur gelingen, wenn er langfristig angelegt ist und gemeinsam mit den betroffenen Regionen gestaltet wird. Erste Voraussetzung dafür sind privatwirtschaftliche Investitionen in industrielle Wertschöpfung. Die Kommission muss die Strukturwandel-Konzepte dafür entwickeln, unter Beteiligung der Regionen. Der zeitliche Aufwand darf dabei kein Hindernis sein. Schließlich müssen die Strukturentwicklungskonzepte jeweils eigenständig und exakt auf die örtlichen Gegebenheiten abgestimmt und umgesetzt werden. Das geht nur in Zusammenarbeit von Bund, Land, Kommunen und Sozialpartnern.

Unsere Verantwortung: Es geht um mehr als Energie

Wir sind Praktiker der Energiewende und Interessenvertreter der betroffenen Menschen. Aber das allein macht den Charakter der IG BCE noch nicht aus. In unseren Werten und in unserem Handeln sind wir immer auch Demokraten. Wir stehen für eine offene Gesellschaft, die von allen mitgestaltet wird, die hier leben. Das ist unser Anspruch, in allem was wir tun. Auch in dieser Kommission.

Die offenen Gesellschaften des Westens sind in Gefahr. Auch in Deutschland gibt es starke Kräfte, die Ausgrenzung und Spaltung propagieren. Wenn über die Köpfe von Menschen hinweg entschieden wird, wenn bei Veränderungsprozessen ohne Not Verlierer zurückgelassen werden, wächst der Nährboden für den Populismus weiter.

Auch deshalb tragen wir in der Kommission die Verantwortung, den betroffenen Menschen gerecht zu werden. Und ein Ergebnis zu erreichen, das sicher nicht jeden glücklich machen wird. Das aber die Botschaft sendet: Wir sind als Gesellschaft in der Lage, Umbrüche offen, rational und verantwortungsvoll zu gestalten und niemanden auf der Strecke zu lassen. Daran arbeiten wir.

**#WIR
SIND
HIER**

Impressum:

Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
Königsworther Platz 6
30167 Hannover
www.igbce.de